

Erleichterungen für Pflichtige Studenten  
 Hassel: Medizinstudenten vorerst zurückgestellt  
 Schmidt fördert Lehrstuhl für Militärwissenschaften  
 Forschungsauftrag der NASA für Universität München  
 Jülicher Kernforscher erhalten besseren Status  
 Die TH München ermöglicht Luft- und Raumfahrt-Studium  
 Den Deutschen fehlt eine Wüste  
 Mangel geherzt mit dem Resultat, daß die Luft- und Raumfahrtfirmen ihre Ingenieure mit dem technischen „know how“ vertraut machen müßten

Schlagzeilen der Westpresse deuten unmißverständlich die Richtung an, die der westdeutschen Wissenschaft vorgeschrieben wird. Unter diesem Aspekt fragen wir heute zum erstenmal: War es wirklich höchste Zeit für diese Empfehlungen des westdeutschen Wissenschaftsrates? (Vgl. auch UZ 39/66, Seite 51)

ROLF MÖBIUS:

# CUI BONO?

Wenn wir noch einmal ein, daß sich „Empfehlungen“ des westdeutschen Wissenschaftsrates durchaus ernsthaft bis hin zu einer Reihe studienorganisatorischer Maßnahmen lösen, so erhebt sich dennoch eine Frage:

Wem dient diese Wissenschaft an der Zukunft?

der deutschen Nation, an einer echten friedlichen und glücklichen Zukunft arbeiten? Oder wird sie in noch stärkere Abhängigkeit von den Monopolen und deren Staatsapparat geraten, dieser Abhängigkeit selbst Vorschub leisten?

Die „Empfehlungen“ verweigern auch hier die Antwort, haben also offenbar nicht die Absicht, an der gegenwärtigen Situation etwas zu ändern. Schauen wir uns die gegenwärtige bundesdeutsche Realität etwas näher an.

knappen Studienplätze an künftige Offiziere der Bundeswehr (Das allgemein als vorteilhaftestes angesehenes Tübinger Modell für die mangels Plätzen notwendig gewordene Auswahl der Medizinstudenten wurde von der Kultusministerkonferenz vor allem deshalb abgelehnt, weil es die Belange der Bundeswehr nicht berücksichtigt.) Wir brauchen bereits in der vorigen Ausgabe einige Beispiele, die Rechtswissenschaft, Soziologie, Psychologie betreffen.

Es ist offensichtlich: Die Wissenschaftspolitik wird nach dem Willen der herrschenden Kreise der Gesamtpolitik untergeordnet, und die Sozialwissenschaften werden ihrerseits Bestandteil der Wissenschaftspolitik. Und das ist gar nicht mehr so ausschließlich Programm, sondern schon oft geübte Praxis, wie die Aufgaben der Ostforschungsinstitute und „wissenschaftliche“ Projekte wie zum Beispiel der „Graue Plan“, das Annexionsprogramm gegen die DDR, beweisen.

sich schon sehr früh obligatorische Tendenzen zeigen“, oder von Hans Mielis: „Auch an unseren Hochschulen kann man es immerzu erleben: Wer nicht pariert, wird boykottiert...“ Wir erleben, daß sich innerhalb der Fakultäten interne Spitzengruppen mit unzulässiger und totaler Machtanspruch herausbilden, welche vor allem dem technisch-stilistischen Konjunkturismus dienen sollen und als Umrüstung betreiben.“

noch die bemerkenswerte Tatsache, daß das heutige Wissenschaftsministerium unmittelbar aus dem Atomministerium (1) hervorging, daß dessen damaliger Minister Balke heute Präsident des Bundes Deutscher Arbeitgeberverbände, eines Spitzenverbandes des Großkapitals, ist.

Aber außer der Regierung greifen auch andere Organe in die Wissenschaftspolitik ein:

Seit 1937 existiert der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“, der sehr eng mit dem „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft“ zusammenarbeitet und ganz offiziell ein ausgesprochenes Organ der Monopole ist, gerade deshalb aber wirksamer als halbstaatliche Organe. Die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ plant und lenkt die Entwicklung der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, stützt sich dabei auf Expertenkommissionen, in denen Vertreter der Monopole und des Staates wichtige Plätze einnehmen. Schließlich auch – wir sind weit entfernt davon, Vollständigkeit anzustreben – der Wissenschaftsrat selbst, der den Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften erarbeitet und Dringlichkeitsprogramme aufstellt. Obwohl in allen diesen Organen die Monopole, besonders IG-Farben, Haniel, Siemens, AEG und Thyssen stark vertreten sind (Krupp lancierte 1965 Stoltenberg als Wissenschaftsminister), fördern der „Gesprächskreis“ und der „Stifterverband“ seit etwa zwei Jahren Kritiken an Maßnahmen des Wissenschaftsrates, um ihn direkter als bis dahin ihren Interessen bei der Regierung des Hochschulwesens zu unterwerfen. Die „Empfehlungen“ machen deutlich, daß der Rat mindestens Wirkung gezeigt hat.

Nun ist dieses System – Westdeutsche Rektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft und andere gehören dazu – noch nicht perfekt staatsmonopolistisch durchorganisiert. Deshalb werden zur Zeit Stimmen laut, die neue Hochschulgesetze und sogar Grundgesetzänderungen fordern, um die Kompetenzen des Bundes zu erweitern. Dem entgegen stehen Tendenzen, dieses vielgestaltige System beizubehalten und zu perfektionieren, weil sich so die ebenfalls vielgestaltigen Teilinteressen verschiedener Monopolgruppen besser durchsetzen lassen.

In beiden Fällen handelt es sich aber nicht um geringsten um Möglichkeiten demokratischer Einflußnahme auf die Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Verschiedene Spielarten der Regulierung im Interesse der Monopole, zusätzlich zur direkten Einflußnahme und zur Lenkung durch den Staatsapparat der Monopole – das ist alles.

## Wem dient die Wissenschaft?

Wem dient die Wissenschaft? Das ist eine verständliche Frage, die sich aus vollständigen Angaben über Forschungsobjekte der Monopole und die Zahl der Absolventen und Wissenschaftler, die direkt in Großkonzernen oder in kleineren Betrieben arbeiten, beantworten ließe. Sie ist erheblich. Für besondere Forschung wurden in der Bundesrepublik 1964 2,3 Milliarden D-Mark ausbezahlt – ausschließlich zum Nutzen der Monopole (wie in Arbeitsgemeinschaften industrieller Forschungsgemeinschaften zusammengeschlossenen kleineren Unternehmen hatten 1964 nur rund 100 Millionen D-Mark zur Verfügung). Besonders die von der Wissenschaft abhängig sind militärischen Sektor in Westberlin untergeordnet. Was die Atomforschung angeht, so haben Professor Fuchs (Essendorf) und Professor Steenbeck (Jena) schon vor einer Zeit nachgewiesen, daß in Karlsruhe und Oberrhein für 25 Atombomben jährlich bombenreines Plutonium produziert wird, daß die potentielle Kapazität der im Bau befindlichen westdeutschen Kraftwerke 270 A-Bomben beträgt.

Kriegsministerium direkt. Der Haushalt des Wissenschaftsministeriums sah für 1966 nur knapp 1,3 Milliarden vor. Davon 545 Millionen für die allgemeine wissenschaftliche Forschung, 483 Millionen für die Atomenergieforschung und 230 Millionen für die Weltraumforschung.<sup>1)</sup>

Den „zivilen“ Charakter ihrer Weltraumforschung unterstrichen die Herren 1963, als sie einen neuen Lehrstuhl für Elemente der Raumfahrttechnik in „Lehrstuhl für Flugtechnik“ umbenannten (3), um ein Verbot der Alliierten Kommandatur von 1956 zu umgehen, das jegliche Forschungsarbeit auf militärischem Sektor in Westberlin untersagte. Was die Atomforschung angeht, so haben Professor Fuchs (Essendorf) und Professor Steenbeck (Jena) schon vor einer Zeit nachgewiesen, daß in Karlsruhe und Oberrhein für 25 Atombomben jährlich bombenreines Plutonium produziert wird, daß die potentielle Kapazität der im Bau befindlichen westdeutschen Kraftwerke 270 A-Bomben beträgt.

Damit nicht genug, fördert Strauß, die Raum-, Raketen- und Luftfahrtforschung zu intensiveren und sich stärker auf eigene nationale Projekte zu konzentrieren. (Große Teile der Raumforschung werden bisher in das supranationale ELDO- und ESRO-Projekt betrieben.)

Auch die Gelder für die allgemeine Wissenschaft – zum Beispiel den Ausbau von Hochschulen – und für den Umbau von Hochschulen werden weitgehend gleichmäßig an die aggressive Bonner Politik gekettet. Wir erinnern an die Gründung der Universität Regensburg, die – entgegen den Ratschlägen einiger Exporten, die zunächst die bestehenden Universitäten ausbauen und bei einer Neugründung in Bayern vor allem München entlasten wollten – gebaut wurde, ohne diese Entlastung zu garantieren, allein um „hier im östlichen Grenzraum eine echte geistige Alternative zum Bolschewismus“ zu schaffen.

Hierher gehört die immer lautere Forderung nach mehr Institutionen für die Ost- und Südosteuropaforschung, nach Einbeziehung der Universitäten in die Militärkonzeptionen – schon 1963 forderte Helmut Schmidt (SPD) die Einrichtung von Lehrstühlen für Außenpolitik und Militärwissenschaften –, die bevorzugte Vergabe der

Die genannten Tatsachen genügen, um festzustellen, daß die von der CDU-CSU und der Bundesregierung betriebene Wissenschaftspolitik durch die völlige Unterordnung unter ihre Gesamtpolitik immer mehr in Widerspruch zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes gerät. Die von der Regierung gesetzten Prioritäten bei der Wissenschaftsförderung erhöhen die Kriegsfahrer und binden Mittel, die die allgemeine Wissenschaft für die Erfüllung ihrer aus den objektiven Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung und aus den ethischen Bedürfnissen des Volkes resultierenden Aufgaben dringend braucht.

Trotz dieser eindeutigen Ausrichtung der staatlichen Wissenschaftspolitik auf ihre Wünsche gehen die Monopole auch direkte Wege und nehmen Einfluß auf Universitäten und Hochschulen ohne den Umweg über den Staatsapparat. Neben speziellen Interessen zehnt es ihnen dabei vor allem um die Abwälzung verschiedener Kosten auf die Steuerzahler.

So waren süddeutsche Luft- und Raumfahrt-Unternehmen, die schon lange ins Raketengeschäft eingestiegen sind („Side-winder“, „Hawk“ u. a.), stark beteiligt an der Einrichtung des Faches Luft- und Raumfahrttechnik in München, das für sie zusätzliche Forschungskapazität bedeutet.

Die Chemie-Konzerne haben ihren Beeinflussungsapparat schon institutionalisiert: Gute Oberschüler erhalten Bücher, werden zu Ferienkursen eingeladen, um sich der Chemie (und dem Chemiekonzern) zu verpflichten. Seit 1965 vergibt man Stipendien an Chemielehrerstudenten. Der „Fonds der Chemischen Industrie“ zahlt für Studenten, die schon nach neun Semestern ihr Diplom mit mindestens gut ablegen, eine Prämie von 2000 D-Mark; der „Fonds“ stellt Geld für die Hochschulforschung, für die chemische Literatur und für Stipendien zur Verfügung und lenkt so und mittels Rundschreiben die Hochschulpolitik auf dem Gebiet der Chemie.

Darüber hinaus zahlen die Chemie-Konzerne einzelnen Hochschullehrern direkte Beträge für Forschungsarbeiten zum Nutzen der Konzerne. Prof. Landsberg (Berlin) schützte diese Mittel auf das Dreifache über den „Fonds“.

Welche Formen diese Einflußnahme und der damit verbundene Konkurrenzkampf auch innerhalb der Hochschule annehmen, zeigen Äußerungen von Hans-Paul Bahrdt: „Methoden des Machtkampfes auf dem Markt der Wissenschaftsförderung, auf dem

Zusätzlich zu diesen illegalen oder halb-legalen Wegen des Eingriffs in die verfassungsmäßig garantierte Autonomie der Universitäten kündigen selbst große Konzerne unverfroren an, daß sie die Wissenschaft aus eigenen Mitteln nicht mehr im notwendigen Maße selbst finanzieren können. Und sie finden offene Ohren bei ihrer Regierung: Die staatliche Förderung solle bei der „neuen Technik“ sowie aus struktural- und wachstumspolitischen Gründen einsetzen (Wissenschaftsminister Stoltenberg). Ihre eigenen Forschungsabteilungen wollen sie rentabel und leistungsstark erhalten, indem sie fordern, verstärkt die militärische Vertragsforschung und -entwicklung (die ohne finanzielles Risiko ist) den Unternehmen zu überlassen. Der Kreis schließt sich mit der Forderung, Naturwissenschaftler von der allgemeinen Wehrdienstpflicht zu befreien und stattdessen in Kriegsforschungsunternehmen einzusetzen, also im Zusammenhang mit der zuvor genannten Forderung in den Forschungsabteilungen der Konzerne. Billiger geht's nimmer.

Dabei ist natürlich richtig, daß angewandte Forschung heute Größenordnungen erreicht, die allein schon, was ihre Entwicklungsmittel betrifft, den Rahmen des Privateigentums an Produktionsmitteln objektiv sprengen. Doch die Schlußfolgerung daraus – abgesehen davon, daß dieser Widerspruch sich erst mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel völlig lösen läßt – kann nicht darin bestehen, daß die Gesellschaft finanziert, die Ergebnisse aber der privaten Aneignung unterliegen. Vielmehr geht es um die Ermöglichung einer demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle der Anwendung von Mitteln und Ergebnissen der Wissenschaftsförderung als erster Schritt zu einer Nutzung im Interesse der Gesamtbevölkerung.

Wie aber wird in Westdeutschland offiziell Wissenschaftspolitik gemacht – über die schwarzen Verbindungen haben wir berichtet. Auch die Rolle der Regierung als Handlanger der Monopole ist dargelegt, zu ihrer Charakterisierung bleibt höchstens

## Halten wir fest:

Die gegenwärtige Situation im westdeutschen Wissenschaftswesen, das System der Einflußnahme der Monopole und des Staates der Monopole garantiert, daß jede Erhöhung der Effektivität der westdeutschen Wissenschaft in Lehre und Forschung nicht in erster Linie gesamtgesellschaftlichen Interessen dient, sondern vielmehr die Abhängigkeit der Bevölkerung von marktbeherrschenden Unternehmen und damit soziale Unsicherheit und Unterdrückung erhöhen. Die von der Gesellschaft aufzubringenden Mittel zur Erhöhung der wissenschaftlichen Effektivität werden an großwuchsinne Pläne zur ökonomischen und militärischen Vormachtstellung gebunden und erhöhen die Gefahr eines militärischen Abenteuer. Der Wissenschaftsrat, der an dieser Situation nichts zu verändern gedankt, unterstützt eben deshalb mit seinen „Empfehlungen“ diese antinationalen und antisozialen, gesellschaftsfeindlichen Tendenzen.

(Wird fortgesetzt)

## UND DAZU LENIN:

über den Klassencharakter des Bildungswesens  
 Lenin Werke, Band 24, S. 74, 73



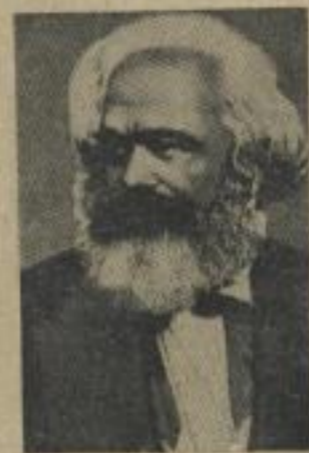
Das Gebiet des Volksbildungswesens sehen wir dasselbe: je höher der Stand eines bürgerlichen Schichten war, desto raffinierter hat er sich gebildet, wenn er behauptete, die Arbeiterklasse außerhalb der Politik zu lassen und der Gesellschaft als Ganzem zu dienen.

In Wirklichkeit war die Schule voll und ganz ein Werkzeug der Klassenherrschaft der Bourgeoisie verwandelt worden: sie war ganz und gar von bürgerlichem Kastengeist durchdrückt, sie sollte den Arbeiter liefern. Der Krieg hat gezeigt, wie die Wunder der modernen Technik zur Vernichtung von Millionen Arbeitern und zur unermesslichen Bereicherung der am Krieg profitierenden Kapitalisten dienen.

Wir erklären offen, daß es Lüge und Heuchelei ist zu behaupten, die Schule stehe außerhalb des Lebens, außerhalb der Politik. Was hat die von den höchst gebildeten Repräsentanten der alten bürgerlichen Kultur proklamierte Sabotage gezeigt? Anstattlicher als jeder beliebige Agitator, als alle unsere Reden und Tausende Broschüren hat die Sabotage gezeigt, daß diese Leute das Wissen als ihr Monopol betrachten und es zu einem Werkzeug ihrer Herrschaft über die sogenannten „niederen Schichten“ machen.

## UND MARX:

Marx/Engels, Werke, Bd. 12, S. 3



In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Wir sehen, daß die Maschine, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern läßt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberspruch zu Quellen der Not. Die Siege der Wissenschaft scheinen erkauft durch Verlust an Charakter. In dem Maße, wie die Menschheit die Natur bezwingt, scheint der Mensch durch andere Menschen oder durch seine eigene Niedertracht unterjocht zu werden. Selbst das reine Licht der Wissenschaft scheint nur auf dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit leuchten zu können. All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, daß sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstattet und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen. Dieser Antagonismus zwi-

schen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der anderen Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache. Einige Parteien mögen darüber wehklagen; andere mögen wünschen, die modernen technischen Errungenschaften loszuwerden, um die modernen Konflikte einzuwickeln. Oder sie mögen sich einbilden, daß ein so bemerkenswerter Fortschritt in der Industrie eines ebenso bemerkenswerten Rückschritts in der Politik zu seiner Vervollständigung bedarf. Wir für unseren Teil verkennen nicht die Gestalt des arglistigen Geistes, der sich fortwährend in all diesen Widersprüchen offenbart. Wir wissen, daß die neuen Kräfte der Gesellschaft, um richtig zur Wirkung zu kommen, nur neuer Menschen bedürfen, die ihrer Meister werden – und das sind die Arbeiter.